

**Stellungnahme des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte e. V.
zum "Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor
Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums"; Bundestags-Drucksache 15/2587 sowie
zum Antrag "Verbesserung der Maßnahmen zum Schutze der Kinder und Jugendlichen
vor Alkoholsucht"; Bundestags-Drucksache 15/2646 sowie
zum Antrag "Besserer Schutz vor Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch von
Alcopops und anderen alkoholischen Ready-To-Drink-Getränken"; Bundestags-
Drucksache 15/2619
anlässlich der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages
am 28. April 2004 in Berlin**

In einer Reihe von Verlautbarungen hat der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e. V. als Vertretung von 10.000 Kinder- und Jugendärzten in Praxis, Klinik und Öffentlichem Gesundheitsdienst in den letzten Jahren Alarm geschlagen angesichts einer spürbar wachsenden Gesundheitsgefährdung vieler Kinder und Jugendlicher durch den in einigen neueren Studien belegten **zunehmenden Konsum von Alkohol und Zigaretten sowie im Anschluss an diese Einstiegsdrogen auch von Cannabis in jüngeren Altersgruppen**. Heranwachsende sind aufgrund ihrer noch nicht ausgereiften Organsysteme besonders gefährdet, durch die toxischen Substanzen Alkohol und Nikotin anhaltend geschädigt zu werden. Neben den Auswirkungen auf Organe wie Lunge (durch Nikotin und andere Tabakschadstoffe) sowie Leber und Pankreas (durch Alkohol) macht uns insbesondere die **Neurotoxizität** sowohl von Alkohol als auch von Nikotin hinsichtlich ihrer deletären Auswirkungen auf die heranreifenden Hirnfunktionen von Jugendlichen große Sorgen. Eine Reihe von neueren Forschungsergebnissen zeigt, dass bei vielen Jugendlichen Denk- und Gedächtnisfunktionen beeinträchtigt sowie die Entwicklung von Schlafstörungen, dissozialem Verhalten und Depressivität gefördert werden und Suchtentwicklungen viel rascher als bei Erwachsenen ablaufen. Deshalb ist es besonders dringlich, den Alkohol- und Tabakkonsum besonders im Jugendalter nachhaltig zu reduzieren.

Zwar sind Eltern, Kindergärten, Schulen und auch Pädiater gefordert, einen Beitrag zur Eindämmung dieser Entwicklung zu leisten. Aber ein großer Teil dieses Problems ist ebenso wie Fehlernährung, Bewegungsmangel und übermäßiger Fernsehkonsum auf die veränderten Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft zurückzuführen. Selbst durch noch so umfassende Maßnahmen der Gesundheitserziehung und ärztlichen Beratung, die sicher weiter ausgebaut werden müssen, lassen sich keine durchgreifenden Veränderungen erreichen. Deshalb ist **dringend** zusätzlich **energisches politisches Handeln erforderlich**. Es gibt schon eine Reihe von Beispielen, bei denen staatliche Maßnahmen das Verhalten von Bürgern positiv beeinflussen bzw. Gesundheitsrisiken mindern konnten: Sicherheitsgurte im Auto, AIDS-Prävention, Nichtraucherchutz am Arbeitsplatz, Reinhaltung von Luft und Wasser, Seuchenbekämpfung und BSE-Eindämmung.

Die Gesundheit unserer Heranwachsenden sollte nicht dem Markt anvertraut bleiben. Zur Förderung der Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen haben die Kinder- und Jugendärzte immer wieder dazu aufgefordert, **folgende regulierende Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Konsum psychoaktiver Substanzen vordringlich** umzusetzen:

- **Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung sowie -sponsoring**
- **überwachte Zugangsbeschränkungen für Alkohol und Nikotin**
- **Abbau aller Zigarettenautomaten**
- **kein Alkohol an Tankstellen**
- **Steueraufschläge für Alkohol-Mixgetränke**

- **Alkohol- und Tabakpfennig für den Ausbau der primären Prävention**
- **gesunde, rauchfreie Schulen**
- **flächendeckende Gesundheitserziehung auf der Basis von Lebenskompetenzprogrammen.**

Wir begrüßen es deshalb, dass sich die im Bundestag vertretenen Parteien des Themas angenommen haben. Wir betrachten die Initiative eines 'Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums', dessen erste Lesung am 11.3.04 im Bundestag erfolgte, als **ersten Schritt in die richtige Richtung**. Die Kinder- und Jugendärzte fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, den Gesetzentwurf ohne weitere Verzögerungen zu verabschieden. Es ist wissenschaftlich umfassend nachgewiesen, dass die **Einflussnahme auf Preis und Verfügbarkeit von Suchtmitteln wirksame Prävention** darstellt.

Die beiden Anträge der Oppositionsparteien zielen nach Auffassung des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte lediglich darauf ab, die Durchsetzung bestehender Kinder- und Jugendschutzvorschriften zu forcieren und die sicherlich noch sehr rudimentäre Alkoholprävention zu verbessern. Diese Maßnahmen müssen in Bund und Ländern verstärkt in Angriff genommen werden, benötigen aber als Basis auch strukturelle Voraussetzungen wie die beabsichtigte Sondersteuer auf Alcopops sowie das Verbot der Abgabe von Zigaretten in kleinen Mengen. Diese Maßnahmen haben sich international bewährt und sollten auch unbedingt in Deutschland Kinder und Jugendliche besser schützen.

Wolf-Rüdiger Horn

Suchtbeauftragter des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte e. V., Köln